

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XIX/15

Bonn, den 20. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a.	<u>Paris - Peking</u> Belastungen für die westliche Allianz.	70
2	<u>Der Vater von München</u> Zum Tod von Thomas Wimmer	39
3 - 4	<u>Vertriebene Bauern siedlungswillig</u> Ergebnis einer umfassenden Untersuchung	80
5 - 6	<u>Die Sorge um den alten Menschen in der Praxis</u> Ein bemerkenswerter Vorstoß der Abgeordneten Clara Döring Von Herbert Berweittinger	63

***** VORANKÜNDIGUNG *****
Weshalb kam es zum Passagierschein-Abkommen von Berlin? Ist die Kritik daran gerechtfertigt?
Dartüber schreibt in der morgigen Ausgabe des SPD-Pressedienstes
Dr. h.c. Otto PACH
Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses

Chefredakteur Günter Markscheffel

Paris - Peking

Belastungen für die westliche Allianz

G.K. - Die Entscheidung des französischen Staatspräsidenten, diplomatische Beziehungen zu Peking aufzunehmen, wird allgemein als große Überraschung dargestellt. Tatsache ist jedoch, daß de Gaulle schon 1961 Expertenkommissionen nach Peking geschickt hat, um dort das Terrain zu sondieren. Außerdem hat de Gaulle seit langem technische und militärische Asienexperten, die schon früher in Kambodscha und in Vietnam tätig waren, auf eine neue und bald zu übernehmende Rolle vorbereiten lassen. Bei der Unverblüththeit, mit der de Gaulle sogar bei offiziellen Anlässen über seine Absichten im fernen Osten gesprochen hat, ist es geradezu eine Beleidigung für die in Paris akkreditierten westlichen Diplomaten - einschließlich der Diplomaten der Bundesrepublik - ihnen unterstellen zu wollen, sie hätten von dem großangelegten und langgevorbereiteten Manöver de Gaulles nichts gewußt.

Kun stellt sich die Frage, wie der Westen auf die Anerkennung Peking durch Frankreich reagieren wird oder kann.

Die Amerikaner, so heißt es, seien verärgert. Die Engländer, so wird behauptet, betrachten de Gaulles Gang nach Peking mit einer gewissen Neutralität, da sie ja selbst diplomatische Beziehungen zu Rotchina unterhalten. In Bonn wird der Ärger über de Gaulle nur schlecht verhohlen, zumal man sich gerade hier wegen des im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehenen, aber von Paris ganz offensichtlich nicht respektierten Konsultationsabkommens übergangen fühlt.

Es ist aber nicht nur das, was Bonn schockiert. Da man in Paris sehr deutlich sagt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking sei nur ein "Akt des Respektierens der Realitäten in der Weltpolitik", rechnet man sich bereits angstvoll aus, welche "Realitäten" de Gaulle, der große Freund Konrad Adenauers, demnächst noch respektieren könnte ...

Natürlich wird der Schritt des französischen Staatspräsidenten, wenn nicht zu einer unmittelbaren Schwächung, so doch zu einer wei-

teren Lockerung der westlichen Allianz führen. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Amerikaner allzusehr ins Zeug legen werden, um de Gaulle etwa umzustimmen. Sie wissen nur zu gut, daß dies nicht gelingen würde; dazu hat de Gaulle schon zu oft mit Sonderaktionen - auch im Rahmen des westlichen militärischen Bündnisses - gezeigt, daß er sich von niemandem in seine Politik hineinreden läßt.

Aus London ist keinerlei Reaktion zu erwarten. Das offizielle Bonn wird weiter so tun wollen, als sei es nicht schon seit langem aufgefordert, die spezifische Art von de Gaulles Europa-Politik und seine ganz besonderen Vorstellungen von der Rolle Frankreichs in der Welt zu erkennen. Bisher hat man sich immer so verhalten, als sei zwischen Bonn und Paris alles in bester Ordnung und als genüge die vom Bundestag - nicht aber von der französischen Nationalversammlung - gebilligte Präambel zum Elysee-Vertrag, um auf a l l e n Hochzeiten des westlichen Bündnisses den gleichen Walzer tanzen zu können.

In Wirklichkeit geht es jetzt um die richtige Einordnung der deutsch-französischen Freundschaft, die ja nicht eine Abhängigkeit Bonns von Paris sein soll, in die atlantische Partnerschaft, zu der sich der neue Bundeskanzler Erhard bekannt hat und die nur zustandekommen wird, wenn a l l e Partner das gleiche Ziel anstreben. De Gaulles Weg nach Peking, seine Absicht und die Art mit der er diesen Weg beschritten hat, läßt erkennen, daß man in Bonn noch nicht genügend die Eigerwilligkeit des Partners an der Seine erkannt hat.

De Gaulle hat eine zwar nur notdürftig, aber immerhin noch geschlossene Front ins Rutschen gebracht. Das ist für viele seiner Freunde und Bewunderer in Deutschland sicher eine Enttäuschung. In Frankreich dürfte er kaum auf wirksamen Widerstand stoßen, daß außer der gaullistischen Bewegung die zweitstärkste Partei, die Kommunisten, trotz der gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Peking nicht revoltieren werden. Den französischen Kommunisten ist es gar nicht unangenehm, mit ansehen zu können, daß de Gaulle seine atlantischen Bündnispartner wieder einmal in größte Verlegenheit bringt. In Effekt würde Moskau zunächst noch der lachende Dritte sein.

Es ist aber auch durchaus möglich, daß Chruschtschow nunmehr bei den am 21. Januar beginnenden Abrüstungsverhandlungen in Genf tatsächlich ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten anstrebt, um auf diese Weise Paris und Peking gleichermaßen einen Strich durch die Rechnung machen zu können.

20. Januar 1964

Der Vater von München †

Zum Tod von Thomas Wimmer

sp - Nicht nur die Millionenstadt München trauert um Thomas Wimmer, einen der größten Oberbürgermeister der Nachkriegszeit, es trauert ganz Deutschland, es trauern seine unzähligen Freunde im Ausland. Als er sein Amt vor drei Jahren jüngeren Händen übergab, erschienen zum Abschied über 50.000 Münchner.

Nur drei Jahre verblieben ihm noch, dem schon damals von Krankheit Gezeichneten; er nützte sie auf die ihm gemässe Art. Als häufiger Gast bei den Stadtratsitzungen, als hochgeschätzter Berater seines Nachfolgers Dr. Hans-Jochen Vogel, als gefeierter Besucher des Münchener Oktoberfestes, als gewöhnlicher Fahrgast der Strassenbahn, der jede Gelegenheit zum Gespräch mit seinen Mitbürgern suchte, und als Einkäufer auf den Wochenmärkten, um sich selbst von den Nöten und Sorgen der Hausfrauen zu überzeugen. Deshalb haben ihn die Münchner geliebt und verehrt, deshalb wählten sie Thomas Wimmer zweimal mit absoluter Mehrheit zu ihrem Oberbürgermeister. Sie hätten es wohl auch ein drittes Mal getan, wenn es der ehemalige Schreiner-geselle nur gewollt hätte. Doch er wollte nicht, er brachte die Seelengröße auf, sein Amt einem Jüngeren zu überlassen.

Als 16-jähriger kam Thomas Wimmer 1903 nach München. München und Thomas Wimmer, das war ein Begriff, eine nicht auflösbare Einheit. Schon vor dem zweiten Weltkrieg wirkte Wimmer als sozialdemokratischer Stadtrat zum Wohle Münchens. Viermal warfen ihn die Machthaber des Dritten Reiches in Gefängnisse und Konzentrationslager. Das sich selbst gegebene Versprechen, niemals mehr für Bayerns Landeshauptstadt zu arbeiten, konnte Thomas Wimmer freilich nicht halten. Dann wäre er eben nicht der gewesen, der er war. Zunächst als dritter Bürgermeister, ab 1948 als Oberbürgermeister, packte er zu, legte er selbst mit Hand an bei der Beseitigung der Trümmerhaufen, ging er ganz auf in unermüdlicher, sich selbst nicht schonender Arbeit für seine geliebten Mitbürger.

47.000 Münchner sprachen während seiner Amtszeit bei ihm vor. 385.000 Briefe mit persönlichen Bitten gingen bei ihm ein. Seine Rechtschaffenheit und Gradheit, sein Fleiß und sein Pflichtgefühl, seine Güte und Menschlichkeit sicherten und sichern ihm einen Ehrenplatz in den Herzen der Münchner.

In ihm, diesem vitalen Mann, der des Lebens Fülle genoss, alle Höhen und Tiefen durchschritt, verkörpern sich alle Eigenschaften großer sozialdemokratischer Oberbürgermeister. Ganz Deutschland trauert um Thomas Wimmer, der aus der Tiefe kam und dessen Wirken unvergängliches Zeugnis ablegt von den schöpferischen Kräften unseres Volkes.

Vertriebene Bauern siedlungswillig

Ergebnis einer umfassenden Untersuchung

sp - Nach ungezählten Presseveröffentlichungen gab es einmal in der sonst so friedlichen Bundesrepublik "Tumulte", "Aufruhr" und "Empörung". Das sollte am 23. September 1962 auf der Rigal'schen Wiese in Bad Godesberg auf dem II. Ostdeutschen Bauerntag geschehen sein. Der äußere Anlaß zu dem Unwillen der dort versammelten 18 000 Bauern aus Ost- und Mitteldeutschland war jedoch das Versagen der Bundesregierung, die wiederholt, und sogar durch den Mund des damaligen Bundeskanzlers, Versprechungen zur Eingliederungsfrage der heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern gemacht hatte, deren Realisierung immer wieder hinausgezögert wurde. Da wurden Behauptungen in der Öffentlichkeit aufgestellt, die den Eindruck erwecken sollten, daß die landwirtschaftliche Eingliederung aus den verschiedensten Gründen ein Unding sei: es fehle an Land zur Eingliederung, es fehle an Bewerbern, die Eingliederung sei im Zeichen der EWG überflüssig und störe die Agrarstrukturverbesserung!

Geneue Unterlagen

Einer solchen, teils bewußt, teils fahrlässig herbeigeführten Beeinflussung der öffentlichen Meinung konnte man nur durch einwandfreie Untersuchungen von neutraler Stelle begegnen. Der Bundestagsausschuß für Heimatvertriebene unter Vorsitz des SFD-Abgeordneten Reinhold Rehs, hatte wenige Monate zuvor einen vom Ausschusseinigungsgebilligten Bericht angenommen, der die Fortführung der Eingliederung als wichtige national-, wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe der Bundesrepublik forderte. Obwohl bei den Betroffenen große Zweifel an der Objektivität und der inneren Aufrichtigkeit bei manchen Befürwortern einer Befragungs-Aktion bestanden, stimmte der Abgeordnete Rehs dem Vorschlag einer von der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) im Auftrage des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durchzuführenden Erhebung zu und versagte seine Mitwirkung dabei nicht.

Die Erhebung sollte zwei Fragen beantworten.

- 1) Gibt es noch genügend siedlungswillige und befähigte Ostbauern?
- 2) Wie haben sich die bisher angesetzten heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte bewährt?

Das Ergebnis der Umfrage wurde jetzt bekanntgegeben. Die Untersuchung hat alle Einwände gegen die Eingliederung landwirtschaftlicher Art gründlich widerlegt.

180 000 Bewerber

Während der "Bauernverband der Vertriebenen", der sich bei seiner Arbeit immer größter Objektivität befleißigt, die Zahl der noch siedlungswilligen und siedlungsfähigen Ostbauern mit rund 80 000 angegeben hatte, bringt die Untersuchung den Beweis, dass insgesamt noch etwa 180 000 vorhanden sind, davon 60 000 für eine Vollbauernstelle. Das ist ein Schlag für alle diejenigen Kreise, die am liebsten einen Schlusstrich unter die landwirtschaftliche Eingliederung gemacht hätten - die

meisten von ihnen, weil sie die "Last" der Abgabepflicht loswerden wollten, obwohl diese "Last" heute bei vielen Abgabepflichtigen kaum noch ein Prozent ihres berechtigten Reingewinns ausmacht.

Bisherige Leistung hervorragend

Der zweite Hauptpunkt der wissenschaftlichen Untersuchung stellt im Ergebnis den vertriebenen und geflüchteten Landwirten ein hervorragendes Zeugnis für ihre Arbeitswilligkeit, ihre Fachkenntnisse und ihren Opfersinn aus. Die Eingliederung ist nach den Worten von Dr. R i e m a n n von der ASG eher ein Vorteil als ein Hindernis der Agrarstrukturverbesserung. Die bereits auf Vollbauprüfungen angesetzten Ostbauern haben durch ihre Arbeitsleistung, den Verzicht auf die Annehmlichkeiten der Wirtschaftskonjunktur in der Bundesrepublik und durch eine erstaunliche Anpassung ihrer Betriebe an die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Betriebsweise im Zeichen des Gemeinsamen Marktes es erreicht, ihre Betriebe aus eigenen Mitteln aufzustocken und die hohe Vorausbelastung durch Verzinsung und Tilgung der Siedlungsmittel zu ertragen. Sie sind in vielen Fällen den einheimischen Landwirten Vorbild geworden und so ist, wie Dr. Schilke von der ASG es formuliert, die Eingliederung ein entscheidender Beitrag zur Erneuerung des Dorfes geworden.

Jetzt die Praxis

Das Resultat der Befragungs-Aktion ist so eindeutig und hat daher auch zwangsläufig - es war den verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik bereits seit Monaten bekannt - zur Aufstellung des zweiten Fünfjahresplanes für die Eingliederung geführt. Natürlich ist mit der Verkündung dieses Planes nur der erste Schritt getan.

Die vorgesehenen Mittel von 700 Millionen DM pro Jahr, von Bund und Ländern aufgebracht, und die vorgesehene Stellenzahl von 8 000 im Jahr - davon etwa 800 Wollwerbsstellen - dürften in der Praxis einen weiteren Rückschritt bedeuten, besonders, wenn die Bau- und Bodenpreise auch in Zukunft noch steigen. Auch müssen Hemmnisse, wie sie z.B. der § 35 des Bundesbaugesetzes darstellt, und die überholten und erschwerenden Bestimmungen der "Finanzierungsrichtlinien" beseitigt werden, nämlich: tüchtige Bauern aus Ost- und Mitteldeutschland landwirtschaftlich so einzugliedern, daß sie ihre Fachkenntnisse zum Wohle des ganzen Volkes einsetzen können.

+ + +

Die Sorge um den alten Menschen in der Praxis

Ein bemerkenswerter Vorstoß der Abgeordneten Clara Döhring
Von Herbert Bermeitinger

Mit einem ziemlich unverblühten Nein hat die Bundesregierung die Fragen der Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordneten Frau Clara Döhring beantwortet, ob die Bereitschaft bestehe, die Aufwendungen von Kindern für Eltern, die Aufenthalte in Alters- und Bürgerheimen nicht selbst bestreiten können, in angemessener und ausreichender Weise steuerlich zu begünstigen.

In der Praxis hatte sich gezeigt, daß die jetzigen Sätze von 1.200 DM jährlich je Elternteil bei weitem nicht ausreichen, wenn die Eltern nur ein geringes Einkommen haben, andererseits aber je Person in vielen Heimen monatlich 300 und 400 Mark aufwenden müssen. Die Regierung beharrte auf dem Standpunkt, daß der Pauschalsatz von 1.200 DM Freibetrag je Elternteil - der mit dem üblichen Kinderfreibetrag identisch ist - vor allem kein Eingehen auf besondere Härtefälle zulasse, und dabei habe es auch zu bleiben. Auch daran, daß die ohnehin zu geringen Freibeträge noch gesenkt werden um praktisch jede Mark, die ein greises Elternpaar aus Renten und dergleichen erhält, will die Regierung belassen.

Der Fall, den die Abgeordnete Döhring veranlaßt hat, im Bundestag einen Vorstoß zu unternehmen, war der eines jungen Familienvaters und technischen Angestellten in Stuttgart, der von den Aufenthaltskosten für seine im Altersheim lebende 78-jährige Mutter 210 Mark monatlich aufbringt. Da die Mutter nur Einnahmen von 154 Mark monatlich hat, konnte das Finanzamt bei dem fürsorgenden Sohn nicht einmal den vollen Freibetrag anerkennen, sondern lediglich 76 DM. Die Aufenthaltskosten in dem Altersheim belaufen sich auf 360 DM, so daß diese durch die Rente der Mutter und die Leistungen des Sohnes gerade gedeckt werden. Durch den jetzigen Freibetrag von 76 DM hat der Sohn aber ganze 15 DM Steuerersparnis!

Bundespräsident Lübke hat im letzten Jahr in großartiger Weise zur Altenhilfe aufgerufen und das Deutsche Fernsehen hat über Monate hinweg sich in den Dienst dieser Aktion gestellt, die darnach auch einige Millionen an Spenden erbracht hat. Der Anteilende Vor-

20. Januar 1964

sitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, hat dem Bundespräsidenten für seinen Appell an das Herz der Nation in seiner Erwiderung zur Erhard'schen Regierungserklärung herzlich gedankt.

Was der Bundespräsident nun aber zu der jüngsten Haltung der Bundesregierung sagen wird, wo es doch um ein Stück praktischer Altenhilfe gegangen ist, um eine Alterhilfe, die nicht des Anstoßes, wohl aber der moralischen wie der fiskalischen Unterstützung des Staates bedarf? Vielleicht vermag der Bundespräsident Kanzler Erhard, der doch die Richtlinien der Politik bestimmt, daran zu erinnern, was dieser in seiner Regierungserklärung noch versprochen hatte: "Soweit alte Menschen nicht in der Geborgenheit der Familie leben können, wird die Errichtung von Altersheimen gewiß zum Segen vieler Menschen. Ich habe den sicheren Eindruck, daß hier ein menschliches Problem vorliegt, dessen wir uns anzunehmen haben."

Als Staatssekretär Grund für die Bundesregierung den fiskalischen Hintergrund der Selbsthilfe von Kindern für hochbetagte Eltern ansprach, war nicht zu bemerken, daß die Regierungserklärung der Antwort aus dem Finanzministerium Pate gestanden hätte. Aber wen wundert das eigentlich noch? Fritz Erler hatte schon in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung festgestellt: "Bei den bisherigen Kabinetten seit 1961 war die Formalisierungskunst größer als die Regierungskunst."

Die SPD wird sich aber, da sie schon seit Jahren die Sorge um den alten Menschen als zentralen Punkt der großen deutschen Gemeinschaftsaufgaben in ihr Programm aufnahm, mit der ausschließlich von fiskalischem Denken beherrschten Antwort der Regierung nicht zufrieden geben, sondern, wie Clara Döhring, MdB, sagte, sofort an die Prüfung der Frage gehen, auf welchem Wege auch die Aufwendungen für bedürftige Eltern ausreichend begünstigt werden können, denn der Privatinitiative darf gerade hier nicht entgegen gewirkt werden.